



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/162 - 16.7.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Evangelischer Kirchentag Berlin	S. 1
Der japanische Friedensvertrag	S. 3
Architekten über "Schlicht"wohnungen	S. 4
Das Ostbüro der SPD meldet	S. 6

## Wir sind doch ein Volk

W.B. Der Dritte Evangelische Kirchentag, der am Sonntag in Berlin zu Ende ging, ist zu einem großen Erlebnis für alle seine Teilnehmer geworden. Von ihm sind Impulse ausgegangen, die lange nachwirken werden. Diese Impulse wird nur richtig werten können, wer verstanden hat, daß der gewaltigen Laien-Kundgebung nicht ein tagespolitisches, sondern ein bekennendes Anliegen zugrundelag. Nicht zu einem politischen Kreuzzug, sondern als Brüder im Glauben seien die evangelischen Christen aus Ost und West zusammengekommen, erklärte der Präsident des Kirchentages.

Aber ohne Gefühl müßte sein, wer nicht auch gespürt hätte, daß die vielen Zehntausende aus der Sowjetzone gekommen waren, um mit dem Bekenntnis zur Kirche zugleich ein Bekenntnis zur Brüderschaft im Volk abzulegen. Sie waren buchstäblich aufgebrochen, um gegen Terror, Lüge und Gewissenszwang zu protestieren. Wer die freikütigen Äußerungen auf den großen Arbeitstagen vernommen hat, wird den Aufschrei der Geknechteten nicht so leicht vergessen.

Die Machthaber des Ostens hatten geglaubt, das Motto des Kirchentages - "Wir sind doch Brüder" - mißbrauchen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Die verantwortlichen Männer der Evangelischen Laienbewegung waren gewiß nicht gewillt, sich

mißbrauchen zu lassen. Eine noch stärkere Garantie lag allerdings in den Teilnehmern aus der Sowjetzone. Sie haben einigen zur SED übergelaufenen Geistlichen ebenso deutlich ihre Meinung gesagt, wie sie sich von den flugblattvertreibenden FDJlern abwandten.

100000 Teilnehmer waren aus der Sowjetzone nach Berlin gekommen, über 15000 aus dem Westen. Fast eine Viertel Million nahm trotz Regenwetters an der Schluß-Veranstaltung im Olympia-Stadion und auf dem Maifeld teil. Sie waren nicht gekommen, um im Sinne einiger politisierender Geistlicher und anderer Illusions-Politiker dem Neutralismus zu huldigen oder dem östlichen Gewaltregime auch nur irgendeine Konzession zu machen. Sie waren gekommen, um allen äußeren Gewalten zum Trotz ihre Zusammengehörigkeit zu bekunden - im Glauben und im Volk.

Die Evangelische Laienbewegung hat sich als eine wichtige Klammer unseres widernatürlich zerrissenen Volkes erwiesen. Sie dürfte auch jenen eine Lehre erteilt haben, die bisher geneigt gewesen sind, die Bevölkerung der Sowjetzone mit ihren Machthabern zu verwechseln. Ob diese Lehre beherzigt wird, muß sich allerdings erst zeigen. Niemand wird einen Vorwurf daraus machen, daß man den Sowjets einen Routinebesuch abstattete. Wenige werden es auf der anderen Seite verstehen können, daß bei einem Empfang in Ostberlin auf Herrn Ebert als "Oberbürgermeister" angestoßen wurde. Und wenn sich Pieck dem Kirchentags-Präsidenten und dem Berliner Bischof bei der Eröffnungsfeier in der Marienkirche als eine Art Ehrengast aufdrängte, so mußten sich daraus ziemlich zwangsläufig Konsequenzen ergeben.

Die Vertreter der Bundesrepublik konnten sich nicht mit Pieck und seinen Kumpanen auf eine Stufe stellen. Sie mußten vor politischen Manövern auf der Hut sein. Dennoch darf die Frage aufgeworfen werden, ob nicht das offizielle Bonn eine übertriebene Zurückhaltung an den Tag gelegt hat. Wir sind ein Volk, in dem zwei große Konfessionen miteinander leben. Der größte Teil der mit dem deutschen Westen wieder zu vereinigenden Bevölkerung der Sowjetzone ist protestantisch. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich hier das Gefühl des halben Abgeschriebenseins aufdrängen sollte.

Die Machthaber des Ostens hatten sich vom Kirchentag einiges versprochen. Sie haben sich getäuscht und die ursprüngliche Kampf-ansage in Resignation ausmünden lassen. Die Schluß-Kundgebung wurde vom sowjetzonalen Rundfunk erst verbreitet, nachdem sie gebührend geschnitten war: Die Rede des Bundestags-Präsidenten fehlte ebenso, wie das Gebet für die Freilassung der Gefangenen. Es ist zu befürchten, daß dem Versuch der Anbiederung und Ausnützung nun schärfere Maßnahmen gegen die Kirche in der Sowjetzone folgen werden. Dann wird sich erweisen müssen, ob die Evangelische Kirche der geschichtlichen Probe gewachsen ist.

Berlin ist durch den Kirchentag wiederum in den Mittelpunkt des deutschen Geschehens gerückt worden. Es hat seinen Gästen einen freundlichen Empfang bereitet und selbst neue Stärkung erfahren durch das Bewußtsein, daß wir trotz brutaler Gewalten Brüder in einem Volk sind.

Friede für das amputierte Japan

f. Washington verfolgt seine japanischen Ziele mit ungewöhnlicher Zähigkeit. Da diese Ziele nach der Zerschlagung der japanischen Macht und nach dem Zerfall der unheiligen westlich-sowjetischen Allianz sich relativ weitgehend mit den heutigen Interessen Japans decken, erlebt die Welt das einigermaßen seltsame Schauspiel, daß Amerika, während des Krieges der Hauptgegner der Japaner, seine widerstrebenden westlichen Freunde beschwört, nachsichtig zu sein.

Bereits MacArthur hat in seinen Prokonsul-Tagen sehr früh in Japan ein mögliches Bollwerk und Arsenal der demokratischen Welt gesehen und seine Politik danach ausgerichtet. Der koreanische Krieg hat die Amerikaner vollends davon überzeugt, wie wichtig die japanischen Inseln in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost sind und wieviel wichtiger sie noch einmal sein können. Washington ist entschlossen, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der jetzt veröffentlichte Entwurf für einen japanischen Friedensvertrag zeigt es sehr deutlich.

Auf den ersten Blick könnten seine Bedingungen hart erscheinen, wenn man an die territorialen Verzichtete denkt, die zu unterschreiben Japan bereits in der Kapitulationsurkunde gezwungen wurde. Dabei ist von dem schwersten Verlust, nämlich der Mandschurei, in dem Vertragsentwurf nicht einmal die Rede. Gewiß, das von den Japanern gegründete Kaiserreich Mandschukuo war formell unabhängig unter dem letzten Sproß der aus China bereits 1911 verjagten Mandschu-Dynastie. Aber es war praktisch ein Nebenland Japans, ohne daß die ungeheure Kraftentfaltung der Japaner während des zweiten Weltkrieges gar nicht denkbar gewesen wäre. Mit der Niederlage Japans brach das Kaiserreich Mandschukuo wie ein Kartenhaus zusammen und wurde zum Streitapfel zwischen China und der Sowjetunion.

Aber auch die anderen Verluste sind schwer. Es ist fast vergessen, daß Korea bis 1945 ein wichtiger Außenbesitz Japans war. Es ist ebenso fast vergessen, daß Formosa japanischer Besitz war und seinen Aufschwung den Japanern verdankt. Japan verliert ferner seine ganzen pazifischen Inselbesitzungen und Mandate. Es wird

territorial auf seine Heimatinseln beschränkt, die bei dem furchtbaren Bevölkerungsdruck nicht entfernt das japanische Volk ernähren können.

Wenn der amerikanische Sonderbotschafter John Foster Dulles, der die Verhandlungen für die Ausarbeitung des Entwurfes geführt hat, von einem Frieden der Versöhnung gesprochen hat, der in der Geschichte einzigartig sei, dann hat er dabei nicht daran gedacht, was diese Gebietsverluste für das japanische Volk praktisch und psychologisch bedeuten. Aber diese Fragen standen seit der japanischen Kapitulation nicht mehr zur Debatte. Alle diese Gebiete waren verhältnismäßig junge Eroberungen Japans, die es im Falle einer Niederlage niemals zu halten und behalten hoffen konnte. Dulles hat sich darum bemüht, daß außer diesen für die ehemaligen Feinde Japans selbstverständlichen Gebietsabtretungen der Friedensvertrag möglichst schonend werden soll. Das ist ihm trotz aller Widerstände gelungen, wenn auch außer den Vereinigten Staaten jede der an Japan interessierten Regierungen Bedenken gegen den relativ großzügigen Entwurf geäußert hat.

Bis zur Konferenz in San Francisco, auf der die endgültige Fassung des Vertrages ausgearbeitet werden soll, wird es noch manches Tauziehen geben. Aber es darf als ausgeschlossen gelten, daß sich die amerikanische Regierung von ihrem Weg durch irgendwelche Manöver abbringen läßt.

+ + +

#### Weniger und schlechtere Wohnungen

Ein Streiflicht vom BDA-Kongreß

-dt, Hannover

Die Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues werden kleiner als bisher und sie werden schlichter (i, nicht e). Bundeswohnungsminister Wildermuth hat im Vorjahr den Krieg um die "Schlicht-Wohnung" verloren; er hat mit Flankendeckung des Baumaterialhandels und der Erzeugung in diesem Jahr den Krieg um die "Klein-Wohnung" gewonnen. In der Praxis (in Hamburg bereits einzusehen) ist die Klein-Wohnung nur kleiner als die Schlicht-Wohnung, aber sie ist ebenso schlicht.

Das ist eine der wichtigsten (aber nicht erfreulichsten) Erkenntnisse vom Kongreß des Bundes deutscher Architekten anlässlich der "Constructa" in Hannover. Ein nüchternen Zahlen ausgedrückt

sieht das folgendermaßen aus: Bisher wurde für 10.500 DM eine Wohnungseinheit von 57 qm im Durchschnitt hergestellt, mit Badewanne (oder Brause) und eingebauten Schränken, wie das erste Wohnungsbau-gesetz befahl. 300000 solcher Wohnungen sollten alljährlich gebaut werden.

Aber diese Rechnung war ohne die Baupreise gemacht, die wie vor ungefähr kletterten und heute um 30 Prozent höher sind als damals, als man das Gesetz schuf. Bundesminister Wildermuth verzichtete auf die "Schlicht-Wohnung" und ließ sich von den Architekten in monatelangen Kalkulationen die "Klein-Wohnung" entwerfen.

Das Ergebnis dieser Kalkulation: Die Wohnungen werden auf eine Durchschnittsgröße von 30-35 qm gebracht, der Preis (theoretisch) auf 6-7000 DM gesenkt. Es sind dabei, wie Regierungsbaumeister Brunisch-Karlsruhe, Vizepräsident des BDA, mit dem Gesicht eines Generals a.D. (denn es ist ein Krieg zwischen der Geldnot, dem Wohnungsbedarf und dem Gewinnstreben derer, die mit Baumaterialien zu tun haben), bekanntgab, "echte Ersparnisse" erzielt worden. Für den Laien sehen diese Ersparnisse folgendermaßen aus: Eingespart wurden 22-25 qm, die Badewanne (oder Brause) und die eingebauten Schränke. Diese netten Dinge haben sich auf ihre "Voraussetzungen" verflüchtigt, d.h., sie können ohne Grundrißänderung in besseren Zeiten nachträglich eingerichtet werden. Eingespart wurden schließlich 3-3.500 DM, allerdings nur auf dem Reißbrett Brunischs. Denn inzwischen sind die Baupreise weiter geklettert (das hängt mit Korea zusammen, weil die Baumaterialien aus dem Inland kommen) und heute, so gab Regierungsbaumeister Brunisch, von neugierigen Journalisten in die Enge getrieben, zu, kostet die erwähnte Klein-Wohnung 9000 DM

Bundesminister Wildermuth hat diese Entwicklung mit Besorgnis verfolgt. Mit verdüsterter Miene und vielen klassischen Zitaten gab er, im Geiste mit verringerten Dividenden drohend, bekannt, wie er den hohen Baupreisen zu Leibe rücken wolle. Auf keinen Fall werde er die Zuschüsse für den geförderten Wohnungsbau erhöhen, denn das würde die Baupreise nur stabil, also hoch halten. Die Folge sei aber, daß in diesem Jahr das Bauvolumen kleiner sein werde als im Vorjahr. Mit anderen Worten (die aber nicht Wildermuth sagte):

Wer die Hand auf den Baumaterialien hat, bekommt seinen Anteil an den für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Millionen, er muß dafür in Kauf nehmen, weniger Material zu liefern. Leidtragende sind a) die Wohnungsuchenden, b) die Steuerzahler, c) die Bauherren, die für ihr Geld kleinere (und schlichtere) Wohnungen bekommen.

Sicherlich ist Dr. Wildermuth von dieser Entwicklung nicht erfreut, man merkte es ihm an. Seine Miene hellte sich erst wieder zu einem sarkastisch-zustimmenden Lächeln auf, als der Präsident des BDA, Prof. Bartning, mit viel Esprit und Schlagkraft gegen die "Hydra der Baubürokratie" loszog, die mit dem Geldhebel alles freie Schaffen der Architekten unterdrücke. Unversehens erhielt man dabei auch eine Andeutung vom Umfang der geplanten Besatzungsbauten, die nach Bartning "1951/52 mehr Eisen, Beton und Ziegel erfordern, als die Industrie schaffen kann". (Das Rezept Wildermuth gegen die Baupreise muß also wirkungslos verpuffen). Das Ergebnis, sagte Prof. Bartning weiter, werde "eine Überkrustung unserer Landschaft mit Instanzenarchitektur" sein, eine wenig erfreuliche Aussicht nach den Erfahrungen mit der "Instanzenarchitektur" des Dritten Reiches.

Dr. Wildermuth, selbst größter Bauherr Westdeutschlands, nickte gedankenvoll dazu. Und vier ausländische Gäste bestürmten Professor Bartning, ihnen den Text seiner Rede zu geben, denn bei ihnen sei es nicht anders. Auch der amerikanische Gast war darunter . . .

+ + +

#### Nachrichten aus der Ostzone

OB. In Schwerin fand die Revisionsverhandlung im Raiffeisenprozeß in Abwesenheit der Angeklagten statt. Im Juli 1950 waren die angeklagten Direktoren Leo, Lehmitz, Schmidt, Bleek, Moeke, Düwe, Dr. Hoffmann, Röding und Grünewaldt mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft worden. Die Urteile wurden in voller Höhe bestätigt. In der Begründung heißt es, daß die Strafen noch nicht hoch genug seien. Das Volk habe in Resolutionen die Verurteilung gefordert. Die Resolutionen waren durch die SEP-Betriebsgruppen organisiert worden, um die Raiffeisengenossenschaften enteignen zu können. Der 72jährige Dr. Hoffmann soll trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes in Dreibergen-Bützow eine achtjährige Zuchthausstrafe verbüßen.

x x x

- 7 -

16. Juli 1951

Am 31.5.51 sprach Adolf Hennecke im Braunkohlenwerk "Heide" zur Belegschaft. Er führte aus: "Wir werden in diesem Jahr den Frieden erkämpfen und Bonn zur Verantwortung ziehen". In einer Antwort auf kritische Äußerungen eines Diskussionsredners über die sozialen Verhältnisse in der Sowjetzone erklärte Hennecke: Die sozialen Verhältnisse und die Fürsorge in Deutschland seien trotz des verlorenen Krieges noch viel besser als heute in der Sowjetunion. Die Sowjetzone sollte es der SU nachmachen, um durch Entbehrungen die Errungenschaften der SU zu erreichen.

X X X

Zur Finanzierung der kommunistischen Propaganda im Westen werden Westmarkteträge der Berliner S-Bahn in Höhe von fünf Millionen DM zur Verfügung gestellt.

X X X

Die Verlegung sowjetischer und sowjetzonaler Sicherheitsinstanzen nach Dresden hat in Dresden zu einer Hamsterpsychose geführt. Die Bevölkerung sieht in dieser Maßnahme kriegerische Vorbereitungen.

X X X

In Halle werden die eisernen Straßenkandelaber für Gaslicht durch Betonständer ersetzt. Die Eisenständer sollen wegen Rohstoffknappheit eingeschmolzen werden.

X X X

Infolge Rohstoffmangels mußte sich das Prüfgerätewerk Medingen in Thüringen bereits im März dieses Jahres außerstande erklären, Thermostaten und Kältespeicher noch im Jahre 1951 zu liefern.

X X X

Die Firma Gerätebau Schönebeck hat einen sowjetischen Rüstungsauftrag von 850 Dieselmotoren mit Aggregaten erhalten. Die Firma ist aus Rohstoffmangel nicht in der Lage, den Auftrag zu erfüllen.

X X X

In einer Besprechung der Länderinnenminister der Sowjetzone hat der Streit um das Kyffhäuserdenkmal ein vorläufiges Ende gefunden. Die Forderung der FDJ, das Denkmal wegen seiner militaristischen Vergangenheit abzubrechen, wurde abgelehnt, derartige Maßnahmen seien angesichts der Propaganda für die Nationale Front inopportun. Lediglich die Embleme sollen entfernt werden. Kritik wurde an einem Fall getübt, in dem eine sächsische FDJ-Gruppe ein Bismarckdenkmal ohne Wissen der zuständigen Behörden abgerissen hat. Die sowjetischen "Freunde" waren über diesen Vorfall sehr empört gewesen, Bismarck ist in der sowjetischen Geschichtsauslegung ein für seine Zeit durchaus fortschrittlicher Mensch gewesen, der den Nutzen einer deutsch-russischen Allianz zu schätzen wußte.

X X X

In einer Besprechung für Volkskorrespondenten beim Bundesvorstand des FDGB in Ostberlin wurde erklärt: Mit den noch im Jahre 1950 gezahlten Weihnachtsgelohnungen sei es im Jahre 1951 endgültig aus. Bereits jetzt müsse die Arbeiterschaft darauf vorbereitet werden. Fortschrittliche Kollegen und Aktivisten würden in Versammlungen dazu Stellung nehmen und Artikel über die Abschaffung der "kapitalistischen Almosen" schreiben.